

Paris lässt sich von Erdogan nicht einschüchtern

Regierung verteidigt die Karikaturen, Ankara leitet Ermittlungen ein.

PARIS. Nach scharfer Kritik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am französischen Satiremagazin „Charlie Hebdo“ hat Frankreich den Schutz der Meinungsfreiheit bekräftigt. „Trotz Einschüchterungen wird Frankreich niemals auf seine Prinzipien und Werte verzichten“, sagte Regierungssprecher Gabriel Attal am Mittwoch nach einer Kabinettsitzung. Erdogan hatte zuvor gesagt, er habe von der Titelseite von „Charlie Hebdo“ mit der Karikatur, die ihn abbilden soll, gehört, sie aber nicht gesehen. Es sei unter seiner Würde, solche „obszönen Publikationen“ auch nur zu beachten.

Attal sagte, es seien hasserfüllte Äußerungen gegen Journalisten und eine Redaktion gewesen, die zu Dramen und Attentaten geführt hätten. Die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war im Januar 2015 Ziel eines islamistischen Terroranschlags geworden – bei einer Serie von Attacken starben damals in Paris und Umgebung 17 Menschen. Bei der Verteidigung von Werten und Prinzipien werde Frankreich von europäischen Partnern unterstützt, sagte Attal. Attal kündigte an, im Kampf gegen den radikalen Islamismus werde die Nichtregierungsorganisation Baraka City aufgelöst. Der Schritt kam nicht überraschend. Innenminister Gérard Darmanin hatte die Auflösung der Organisation bereits nach dem tödlichen Anschlag auf den Lehrer Samuel Paty in Aussicht gestellt.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara nahm Ermittlungen gegen das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ wegen Präsidentenbeleidigung auf, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Mittwoch berichtete. Das gilt in der Türkei als Verbrechen, auf das Gefängnisstrafe droht. Auf der Karikatur zu sehen ist Erdogan in Unterwäsche mit einem Getränk in der Hand. Dabei hebt er das traditionelle islamische Gewand einer Frau an, die ein Tablett mit weiteren Drinks in der Hand hält. Beide lachen. (AP)

Zitat des Tages

„Die Pandemie kann uns Weihnachten nicht wegnehmen – dieses Gefühl von Zusammenhalt. Das können höchstens wir selbst.“

Benigna Munsí, Nürnberger Christkindl



Kurz berichtet

AfD-Fraktion gespalten

HANNOVER. Die AfD in Niedersachsen plant, die drei für das Plätzen der Landtagsfraktion verantwortlichen Abgeordneten aus der Partei auszuschließen. Die bisherige Fraktionschefin Dana Guth zwei weitere Abgeordnete hatten nach einem Führungsstreit die neunköpfige Fraktion verlassen. Diese verfügt damit nicht mehr über die Mindestgröße von sieben Abgeordneten. Es gibt nun zwei AfD-Gruppen im Landtag. (dpa)

Reisewarnung für die Türkei

BERLIN. Die Bundesregierung setzt die Reisewarnung für die ganze Türkei wegen der Corona-Pandemie zum 9. November wieder in Kraft. Die bisher bestehende Ausnahmeregelung für die Touristenregionen Aydin, Izmir, Mu la und Antalya am Mittelmeer würden nur noch bis zum 8. November gelten, teilte das Auswärtige Amt in seinen Reisehinweisen für die Türkei mit. Die Deutschen sind mit fünf Millionen Gästen nach den Russen die zweitwichtigste Gruppe. (epd)

Linke Gewalt eskaliert

BERLIN. Linksextremistische Gewalttäter nehmen nach Einschätzung des Berliner Senats zunehmend auch Menschen ins Visier. „Linksextremistische Angriffe richten sich nicht nur gegen Institutionen, sondern zunehmend eben auch gegen Personen“, sagte Staatssekretär Torsten Akmann (SPD) bei einer Debatte über die kürzlich erfolgte Räumung des besetzten Hauses Liebig 34. Die Hemmschwelle sinke. (dpa)

Zu den längst widerlegten Märchen über Medien im Internetzeitalter gehört jenes, wonach die Tageszeitungen angeblich ihre Bedeutung verloren hätten. Wahr ist: Sie müssen sich öffentliche Aufmerksamkeit mit einem im Vergleich zu früheren Jahren Vielfachen an anderen medialen Angeboten teilen, und ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren schon mal rosiger. Wahr – und überaus erfreulich – ist aber auch: Viele Zeitungen hatten in ihrer Geschichte noch nie ein annähernd so großes Publikum wie heute. Die Vielzahl von Publikationskanälen neben der klassischen gedruckten Zeitung macht das möglich. Entscheidende Voraussetzung dafür bleibt aber das anhaltende Interesse der Leserinnen und Leser.

Es ist offensichtlich vorhanden. Die Nutzer-Zahlen belegen: Ob es um die Corona-Krise mit all ihren lokalen bis internationalen Folgen geht, um Bedürfnisse und Nöte der Verkehrsteilnehmer oder die Auswirkungen von Politik in Brüssel, Berlin, Stuttgart oder im Rathaus – in ihren jeweiligen Verbreitungsgebieten sind die Regional- und Lokalzeitungen weiterhin Leitmedien.

Das sind sie für ganz Baden-Württemberg, wenn 45 Verlage, die 78 Zeitungstitel mit einer Gesamtauflage von gut 1,6 Millionen Exemplaren plus ihren digitalen Reichweiten verkaufen, gemeinsam in Aktion treten. Wie in den kommenden vier Monaten

Leitartikel

Die Zeitung schaut den Bürgern auf den Mund

Der BaWüCheck unserer Zeitung – und 77 weiterer – zeigt: Darauf kommt es an im Land.

VON CHRISTOPH REISINGER



mit ihrem BaWüCheck, an dem sich auch unsere Zeitung beteiligt.

Mit diesem in Deutschland einzigartigen Format setzen diese Zeitungen gemeinsam Themen mit Blick auf die Landtagswahl im März. Richtigerweise mit jeweils eigener Schwerpunktsetzung und Kommentierung – es geht ja ausdrücklich nicht um eine Kampagne oder um einen Einheitsbrei. Richtigerweise aber auf einer gemeinsamen Basis: miteinander entwickelten Themen und Fragen, zu denen das Institut für Demoskopie Allensbach

Antworten erarbeitet. Durch repräsentative Umfragen, geleitet von dem, was die Baden-Württemberger bewegt, was ihre Anliegen an Parteien, Parlament, Regierung, Verwaltung und öffentliche Einrichtungen sind.

Bereits der erste Befund hat es in sich: Die Zustimmung zur Schulpolitik während der Corona-Krise liegt 24 Prozentpunkte unter der Zufriedenheit mit der Landespolitik insgesamt. Man kennt das ja: Die Kultusministerin, jede Schulleiterin, jeder Lehrer hat es – wo immer es um Schule geht – mit vielen Eltern, Schülern, Groß-

Komplimente für Eisenmann klingen anders.

„Lockdown light“ trifft manche Branchen hart

Im Kampf gegen die Pandemie soll das öffentliche Leben massiv eingeschränkt werden.

VON THORSTEN KNUF

BERLIN. Die zweite Corona-Welle hat das Land mit voller Wucht erfasst, die Politik stemmt sich mit drastischen Maßnahmen dagegen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Länder-Regierungschefs verständigten sich am Mittwoch einstimmig auf eine Art „Lockdown light“ für die gesamte Bundesrepublik. Er soll am kommenden Montag beginnen und bis Ende November gelten. Ziel ist es, bis Weihnachten das Infektionsgeschehen wieder weitgehend in den Griff zu bekommen, sodass Familien und Freunde gemeinsam das Fest feiern können. Ganz so drastisch sollen die Einschränkungen nicht ausfallen, vor allem bleiben Schulen und Kitas geöffnet. Dennoch stehen den Bundesbürgern harte Wochen bevor.

Kontakte verringern

Bund und Länder fordern die Bürger auf, Abstand zu halten und die Kontakte zu Angehörigen außerhalb des eigenen Hausstandes wieder „auf ein absolut nötiges Minimum“ zu reduzieren. Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist nur mit den Angehörigen des eigenen sowie denen eines weiteren Hausstandes mit maximal zehn Personen gestattet. Das bedeutet, dass sich etwa zwei Familien zum Spaziergang treffen können. Verstöße sollen sanktioniert werden. Mit verstärkten Kontrollen wollen Bund und Länder auch gegen Feiern in Wohnungen und privaten Einrichtungen vorgehen.

Schulen und Kitas

Diese Bildungseinrichtungen bleiben offen. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass die Eltern weiter ihrer Arbeit nachgehen können. Die Länder sollen über die erforderlichen Schutzmaßnahmen entscheiden.

Gastronomie und Freizeit

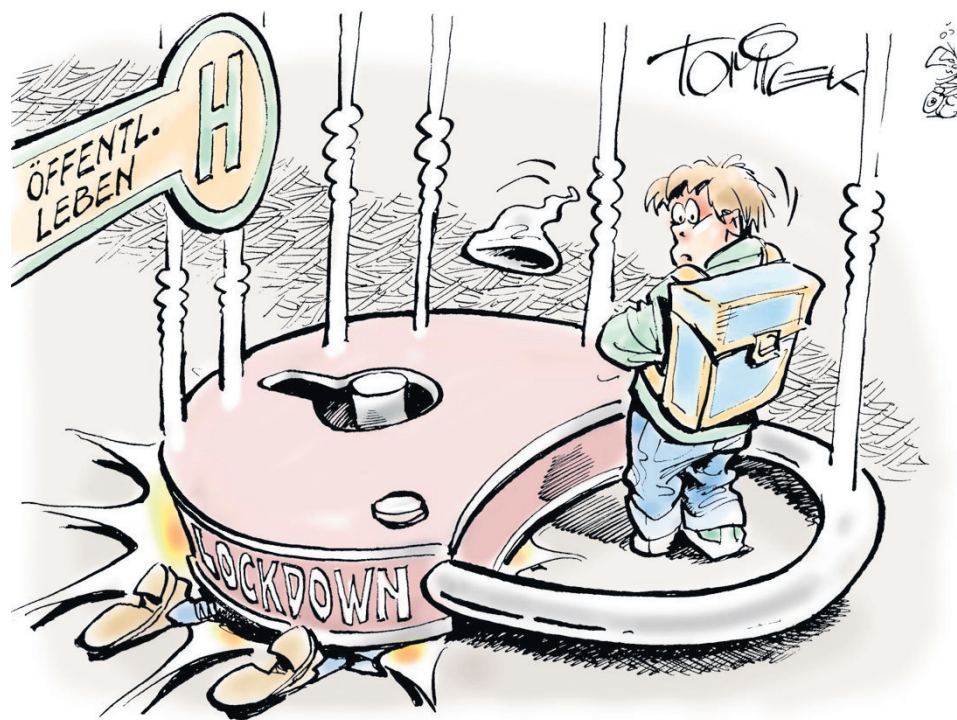
Gastronomiebetriebe aller Art – auch Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und dergleichen – werden geschlossen. Ausgenommen sind Kantinen und die Lieferung sowie die Abholung von Speisen für den Verzehr zu Hause. Auch Einrichtungen der Freizeitgestaltung müssen ihre Türen vorübergehend wieder zusperrern. Dazu zählen Theater, Opern, Konzerthäuser und ähnliche Einrichtungen sowie Messen, Kinos, Freizeitparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten (drinnen wie draußen), Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und ähnliche Einrichtungen. Auch Bordelle werden geschlossen. Die Politik fährt überdies den Freizeit- und Amateursportbetrieb in allen öffentlichen wie privaten Sportanlagen sowie in Schwimm- und Spaßbädern herunter. Individualsport allein, zu zweit oder dem eigenen Hausstand bleibt möglich. Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen müssen ebenfalls schließen. Generell werden auch alle Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, abgesagt. Profisport soll nur noch ohne Zuschauer stattfinden.

Körpernahe Dienstleistungen

Anders als im Frühjahr bleiben die Friseursalons geöffnet. Auch medizinisch notwendige Behandlungen wie Physiotherapien bleiben möglich. Schließen müssen aber Betriebe wie Kosmetikstudios, Massagepraxen und Tattoostudios.

Einzelhandel

Betriebe des Einzel- und Großhandels sollen geöffnet bleiben. Die Betreiber müssen sicherstellen, dass Auflagen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Vermeidung von Warteschlangen eingehalten werden. Pro



Knockdown

zehn Quadratmeter Verkaufsfläche soll sich nur ein Kunde im Geschäft aufhalten.

Reisen

Bund und Länder fordern die Bürger auf, auf private Reisen und Besuche – auch von Verwandten – zu verzichten. Das soll auch im Inland für Ausflüge gelten. Hotels und Pensionen können geöffnet bleiben, dürfen aber keine Touristen mehr beherbergen.

Hilfen für die Wirtschaft

Betriebe, Selbstständige, Einrichtungen und Vereine sollen einen Großteil ihres Um-

satzausfalls erstattet bekommen. Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern sollen 75 Prozent aus dem Vorjahresmonat erhalten. Bei größeren Betrieben wird der Satz gemäß der beihilferechtlichen Vorgaben ermittelt. Es stehen bis zu 10 Milliarden Euro bereit.

Arbeit und Betriebe

Kanzlerin und Ministerpräsidenten wollen, dass Betriebe in Industrie, Handwerk und Mittelstand weiterarbeiten, wo das möglich ist. Jedes Unternehmen soll ein Hygienekonzept umsetzen und nicht erforderliche Kontakte vermeiden. „Bund und Länder fordern

Einschränkungen mit Milliardenhilfe

Die politischen Reaktionen auf die Corona-Beschlüsse fallen höchst unterschiedlich aus.

BERLIN. Bundesinnenminister Horst Seehofer kündigt eine intensivere Schleierfahndung an, um die Einhaltung der neuen Regeln zu überwachen. Die Bundespolizei werde in Absprache mit den Ländern Tausende Beamte in Großstädten und Hotspots einsetzen, sagt er der „Bild“. Aber auch die Einreise aus Risikogebieten werde verstärkt kontrolliert. „Dazu wird die Schleierfahndung an allen deutschen Grenzen in einem Radius von 30 Kilometern intensiviert, um auch bei denjenigen, die per Auto aus Risikogebieten einreisen, die Einhaltung der Corona-Bestimmungen kontrollieren zu können.“

Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) hat die von Bund und Ländern vereinbarten weiteren Einschränkungen in der Corona-Krise verteidigt. In einer Zeit, in der die Ausbreitung der Infektionen wesentlich niedriger gewesen war, sei vieles möglich gewesen, sagte er: „Jetzt sehen wir, dass wir die Infektionen nicht mehr nachverfolgen können, dass das Ausbreitungsgeschehen nicht mehr klar zuzuordnen ist. Daher braucht es die Maßnahmen.“

Der sächsische FDP-Politiker Torsten Herbst hält die geplanten neuen Corona-Beschränkungen völlig überzogen. „Im Vorfeld war viel von ‚Soft Lockdown‘ und ‚Shut-

down light‘ die Rede – was jetzt beschlossen wurde, ist eher ein ‚Hammer-Lockdown‘“, erklärte der Dresdner Bundestagsabgeordnete. Die Einschränkungen träfen Bürger und Unternehmen mit voller Wucht.

FDP-Politiker kritisieren die Beschlüsse in harten Worten.

Die FDP in Baden-Württemberg geht mit den jüngsten Anti-Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern hart ins Gericht. Die Einschränkungen zeigten, dass die Regierungschefs aus dem bisherigen Verlauf der Krise nichts gelernt hätten, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. Die Maßnahmen verweigerten die Erkenntnisse, wo und bei welchen Anlässen große Infektionen zu verzeichnen seien. „Die Einschränkungen treffen die Falschen“, sagte Rülke. Unter anderem im Hotel- und Gaststättengewerbe seien Hygiene-, Abstands- und Nachverfolgungsregeln eingeführt worden.

Firmen, die besonders von den neuen Corona-Regeln betroffen sind, bekommen große Teile ihres Umsatzausfalls vom Bund ersetzt. Der Bund plant noch einmal milliardenschwere Nothilfen. Die Finanzhilfe soll

eltern zu tun, die es als gefühlte Bildungsexperten selber besser zu wissen und zu können glauben. Aber das allein erklärt nicht dieses Maß an Unzufriedenheit.

Erst recht nicht im Detail: Wenn 58 Prozent der Befragten die Schule ihres Kindes als schlecht bis sehr schlecht mit Computern und anderen digitalen Medien ausgestattet sehen, dann spiegelt das echte Sorge wider. Wenn gar 65 Prozent den Eindruck haben, seit Beginn der Corona-Krise habe sich an dieser Stelle nichts verbessert, gerade so als ob es den Zwang zu Netz-basierten Unterrichtsformen noch gar nicht gegeben hätte, dann klingt das nicht nach einem Kompliment für Kultusministerin Susanne Eisenmann. Auch andere Befunde der ersten Runde des BaWüChecks decken auf, dass und wo sie als Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl noch aufzuholen hat – und dass ihr Krisenmanagement nicht von allen als solches wahrgenommen wird.

Wobei festzuhalten ist: Solche Befunde auf einem so zentralen Handlungsfeld der Landespolitik müssen auch den Regierungschef Winfried Kretschmann berühren, die Regierung und die sie tragenden Parteien insgesamt. Das werden auch die nächsten Folgen des BaWüChecks deutlich machen. Versprochen.

christoph.reisinger@stuttgarter-nachrichten.de

Experte: 1000 Corona-Tote pro Tag in Europa

BRÜSSEL. Die Anzahl der Corona-Toten hat in Europa nach Aussage eines Experten drastisch zugenommen. „In der vergangenen Woche lag die Zahl um ein Drittel höher als in der Vorwoche, das bedeutet, dass rund 1000 Menschen jeden Tag an Covid sterben“, sagte Peter Piot, der Sonderberater der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Bekämpfung des Coronavirus, am Mittwoch in Brüssel.

„Die Lage ist sehr ernst, und sie droht noch schlimmer zu werden, wenn wir nicht dringende und drastische Maßnahmen ergreifen“, fügte er hinzu. Piot forderte, dass noch viel mehr Menschen in den europäischen Ländern einen Mund-Nasen-Schutz tragen sollen. „Wir müssen bei rund 95 Prozent statt jetzt 60 Prozent ankommen; das kann Hunderttausende von Leben retten, wenn wir das tun“, sagte der Sonderberater.

Neben kurzfristigen Maßnahmen seien langfristige Anstrengungen notwendig im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Es müsse ein sicherer Impfstoff in ausreichender Menge entwickelt werden. Es sei auch nicht zielführend, den Gesundheitsschutz und die Interessen der Wirtschaft gegeneinander auszuspielen. Nur wenn die Pandemie besiegt werde, könne die Wirtschaft wieder florieren, sagte Piot. Er warnte, dass inzwischen auch viele Menschen unter langwierigen Covid-19-Erkrankungen und Langzeiteffekten litten. „Und ich weiß, wovon ich rede, ich hatte es selber, monatelang“, sagte der Experte. (dpa)

die Unternehmen eindringlich auf, jetzt wieder angesichts der hohen Infektionszahlen, wo immer dies umsetzbar ist, Heimarbeit oder das mobile Arbeiten zu Hause zu ermöglichen.“

Vulnerable Gruppen

Alte, Kranke, Pflegebedürftige und Behinderte sollen besonders vor dem Coronavirus geschützt werden, ohne sozial isoliert zu werden. Bund und Länder erinnern daran, dass der Staat neuerdings die Kosten für Corona-Schnelltests in einschlägigen Einrichtungen übernimmt.

ein Volumen von bis zu zehn Milliarden Euro haben. Konkret sollen Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern und Soloselbstständige 75 Prozent des Umsatzausfalls ersetzt bekommen. Für größere Unternehmen werden die Prozentsätze nach europäischen Vorgaben zum Beihilferecht bestimmt. Sie können daher von Fall zu Fall unterschiedlich sein. Vergleichsmaßstab sind die Umsätze des Vorjahresmonats, also von November 2019.

Private Rundfunkunternehmen in Deutschland wollen erweiterte Corona-Hilfen vom Staat. „Wir müssen auch mit der Politik darüber sprechen, bestehende Fördermaßnahmen auf die betroffenen TV-Sender zu erweitern“, sagte die Vorstandsvorsitzende des Verbands Privater Medien, Annette Kümmler, in einer Gesprächsrunde auf den 34. Münchner Medientagen, zu den erneuten Einschränkungen. Am Montag hatte bereits Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf den Medientagen zu Corona-Einschränkungen betont: „Wenn wir wieder die Situation haben, dass wir erhebliche Werbeausfälle hätten, dann müssen wir natürlich im Zweifelsfall auch den Medien wieder Unterstützung geben. Denn die Medien haben sich tatsächlich als sehr, sehr systemrelevant für unser Land erwiesen.“ (dpa/trr)